



Axel Knoerig

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 - 71729 - Fax: 030/227 - 76364
www.axel-knoerig.de - E-Mail: axel.knoerig@bundestag.de

Berlin, 19. Juni 2024

Knoerig: Restmittel aus Digitalpakt für 4 Schulen in Bassum, Bruchhausen-Vilsen und Syke

Vier Schulen im Wahlkreis Diepholz/Nienburg konnten sich erfolgreich um Restmittel aus dem Digitalpakt bewerben. Wie der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig in einer Presseerklärung mitteilt, wurden im Rahmen eines Windhundverfahrens des Landes Niedersachsen insgesamt 35.520 Euro bewilligt. Davon profitieren die Grundschule Petermoor (Stadt Bassum), die Grund- und Oberschule Syke sowie die Realschule Syke und die Grundschule Asendorf (Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen).

„Ich freue mich, dass diese Kommunen als Träger zusätzliche Fördermittel für die Schulen sichern konnten“, erklärt Knoerig, der mehrere Jahre Mitglied im Bildungsausschuss des Bundestages war. „Insgesamt standen für die Bildungseinrichtungen im Wahlkreis seit 2019 über 13,2 Millionen Euro zur Verfügung.“ Dabei gab der Bund 90 Prozent dazu, das Land übernahm die restlichen zehn Prozent. Bundesweit wurden 6,5 Milliarden Euro bereitgestellt.

Der Abgeordnete weiter: „Der Digitalpakt Schule, den die unionsgeführte Bundesregierung auf den Weg gebracht hatte, ist eine echte Erfolgsgeschichte. Bedauerlich ist, dass die Ampel-Regierung nicht bis zum kürzlich erfolgten Auslaufen des Paktes am 16. Mai 2024 das im Koalitionsvertrag versprochene Fortsetzungsprogramm vorgelegt hat.“ Dieses soll erst Anfang 2025 in Kraft treten, wobei nach aktueller Auskunft der Bundesregierung die Haushaltslage zu berücksichtigen sei.

Knoerig fordert: „Der Digitalpakt 2.0 muss jetzt schnell kommen, denn die Schulen und Träger brauchen dringend Planungssicherheit. Die digitale Entwicklung geht ständig weiter, daher muss ohne lange Verzögerung an das Aufgebaute in Technik, Lehrerfortbildung und Unterrichtsentwicklung angeknüpft werden. Dass weiter großer Bedarf bei den Schulen besteht, macht auch die große Nachfrage nach Restmitteln in Niedersachsen deutlich. Auch wenn die Länder an sich für den Bereich Bildung zuständig sind, sollte sich der Bund weiter erheblich an dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, zumal es um die Zukunft unserer Fachkräfte geht.“

PRESSEMITTEILUNG